

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3748

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3748



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Grundsätze zur Corona-Politik und die Haltung der SVP



Januar 2022

Inhalt

1.	DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE	2
2.	ERFOLGE DER SVP	3
3.	BERSETS PLEITEN	4
4.	ANGST-KAMPAGNE DES BUNDESRATES	5
5.	FEHLENDE STRATEGIE FÜHRT ZU UNEHRLICHER KOMMUNIKATION	6
6.	IMPF-SCHUTZ JA – IMPF-ZWANG NEIN	8
7.	«DIKTATORISCHE» VERHÄLTNISSE IN DER SCHWEIZ?	9
8.	CORONA-MILLIARDEN: HÄNDE WEG VON DER SCHULDENBREMSE!	10
9.	FAZIT UND: WIE WEITER?	10

ANHANG: Strategiepapier vom 31. März 2020 und Strategiepapier vom 2. Mai 2020

1. Das Wichtigste in Kürze

Seit fast zwei Jahren steht die Schweizer Bevölkerung und die Politik **im Bann der Corona-Krise**. Dass Covid-19 ein gefährlicher Virus ist – vor allem für die Risikogruppen¹ – ist unbestritten.

Ebenso unbestritten sollte sein, dass die Massnahmen gegen den Virus für die Menschen, die Arbeitsplätze, die Bildungschancen der Jungen nicht schädlicher sein dürfen als die Krankheit selbst.

Die SVP vertritt eine Haltung, die den **Schutz der Bevölkerung** mit den sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Politik zu vereinbaren versucht. Daraus abgeleitet legte die SVP Schweiz bereits am 31. März 2020 **eine klare wirtschafts- und gesundheitspolitische Strategie** vor².

Die drei wichtigsten Punkte

1. Die SVP ist die einzige Partei, die eine **Strategie in der Corona-Krise** entwickelte, die in den wesentlichen Punkten bis heute ihre Gültigkeit hat³: **Risikogruppen** (vor allem ältere Menschen mit Vorerkrankungen) **gezielt schützen**; wenn nötig bewährte Schutzmassnahmen umsetzen (Masken tragen, Abstand halten, Hygiene); ansonsten die Menschen und Betriebe möglichst frei leben und arbeiten lassen.
2. Der mittlerweile weitherum gerühmte **«pragmatische Weg»** der **Schweiz kam nur dank des Drucks und der parlamentarischen Arbeit der SVP** zustande. Bundesrat, Berset, das Bundesamt für Gesundheit (BAG) und die anderen Parteien wollten viel weiter gehen mit Lockdowns, willkürlichen Massnahmen und dem Vollmachten-Regime der Behörden.
3. Als einzige Bundesratspartei **verteidigte die SVP fundamentale Grundrechte** wie persönliche Freiheitsrechte, demokratische Mitbestimmung, körperliche Unversehrtheit, Verhältnismässigkeit politischer Entscheidungen. Damit verlieh unsere Partei den berechtigten Sorgen in der Bevölkerung eine **demokratische Stimme** – auch gegen die medial getriebene Verunglimpfungskampagne, die nicht unterscheiden wollte zwischen der grossen Mehrheit vernünftiger Massnahmenkritiker und einiger radikaler Elemente.

¹ Gemäss Bundesamt für Gesundheit gehören zu den Risikogruppen insbesondere ältere Menschen sowie chronische Krankheiten wie Bluthochdruck, Herz- Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Krebs, starkes Übergewicht u.a. <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/krankheiten/ausbrueche-epidemien-pandemien/aktuelle-ausbrueche-epidemien/novel-cov/krankheit-symptome-behandlung-ursprung/besonders-gefaehrdete-menschen.html>

² <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/die-svp-fordert-eine-klare-wirtschafts-und-gesundheitspolitische-strategie-fuer-die-zeit-nach-dem-19-april/>

³ <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/das-notrecht-ist-dringend-aufzuheben-und-der-angriff-auf-die-eigentumsgarantie-entschieden-abzuwehren/>

2. Erfolge der SVP

-Zwei Mal verhängte der Bundesrat einen Lockdown über die ganze Schweiz – mit milliardenteuren Folgen und ohne verbindliche Exit-Strategie. Es war die SVP, die Ende März 2020 eine Corona-Strategie vorlegte und mit einer **Stopp-Lockdown-Kampagne**⁴ den Ausstieg politisch erzwang.

-Innerhalb weniger Wochen organisierte Finanzminister **Ueli Maurer** (SVP) ein **Modell für Notkredite**. Dieses ermöglichte den betroffenen Firmen, schnell und unbürokratisch ihre Liquidität zu sichern. «In 30 Minuten zu einem Kredit bis zu 500'000 Franken: Dieses System sorgt weltweit für Bewunderung. Bundesrat Ueli Maurer wird fleissig um Rat gefragt.»⁵

-Nicht die abgehobenen Luxus-Linken, sondern die SVP setzte sich **für die Geringverdienenden** ein: Mit 193 zu 1 stimmte der Nationalrat einer Regelung betreffend Kurzarbeit zu, wonach ab Anfang Dezember 2020 bis Ende März 2021 tiefe Löhne von bis zu 3470 Franken zu 100% entschädigt werden⁶. Den Antrag reichte Nationalrätin **Esther Friedli** (SVP/SG) ein.

-Die **Skigebiete** blieben im Winter 2020/21 nur dank der SVP offen. Berset und sein Bundesamt für Gesundheit (BAG) wollten alles dichtmachen, obwohl Wintersport draussen stattfindet und körperliche Betätigung gesund ist⁷. Die auf Initiative der SVP entstandene **Erklärung an den Bundesrat** fand im Nationalrat eine Mehrheit⁸. Die links-grünen Parteien waren für die komplette Schliessung der Wintersportgebiete und nahmen damit die weitere Zerstörung von Arbeitsplätzen und Betrieben in Kauf. Bezeichnenderweise war die Schliessung der Skigebiete im Winter 2021/22 kein Thema mehr.

-**Petition «Beizen für Buezer»** (Januar 2021). Beamte im privilegierten Homeoffice und traurigerweise auch die linken Gewerkschaften interessierten sich nicht für die Arbeitnehmenden, die bei kalten Temperaturen draussen arbeiten müssen und während des Lockdowns nicht einmal die Möglichkeit bekamen eine warme Mahlzeit einzunehmen und anständige Toiletten in Restaurants zu benutzen. Es war die SVP und namentlich Nationalrätin **Monika Rüegger** (SVP/OW), die mit ihrer Petition «Beizen für Buezer» und einem Konzept erfolgreich die Öffnung der Restaurants für Berufsleute erwirkten.

-Im Februar 2021 forderten über **260'000 Schweizerinnen und Schweizer** die sofortige Beendigung der schädlichen, unverhältnismässigen und **unnützen**

⁴ <https://www.svp.ch/stoplockdown/>

⁵ <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/kreditsystem-von-ueli-maurer-ist-auf-der-ganzen-welt-gefragt-65697217>

⁶ <https://www.srf.ch/news/schweiz/kurzarbeit-parlament-will-100-prozent-entschaedigung-fuer-tiefe-einkommen>

⁷ <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/svp-fordert-skisaison-ohne-einschrankungen-65828949>

⁸ <https://www.srf.ch/news/schweiz/corona-regeln-fuer-skigebiete-nationalrat-keine-einschraenkung-des-skitourismus-ueber-festtage>

Lockdown-Politik⁹ des Bundesrates. Bundesrat Alain Berset hielt es nicht für nötig, die Unterschriften von **SVP-Parteipräsident Marco Chiesa** entgegen zu nehmen. Doch die Petition führte zusammen mit dem Druck auf die beiden FDP-Vertreter¹⁰ im Bundesrat zur schrittweisen Öffnung.

3. Bersets Pleiten

Zu Beginn der Pandemie herrschte Unklarheit über die Gefährlichkeit des Virus. Aber schon bald zeigte sich das **Führungsproblem im BAG und beim zuständigen Bundesrat Alain Berset** (SP). Es folgte eine bis heute andauernde Reihe von Fehlleistungen und Behördenversagen. In ihrer Medienmitteilung vom 31. März 2021 fasste die SVP die Pannenserie zusammen: «Das Versagen in der Pandemie hat einen Namen: Alain Berset und das BAG»¹¹.

-**Maskenpflicht.** Weil der Bund zu wenig Maskenvorräte hatte, erklärte das BAG am 16. März 2020, die Bevölkerung könne sich mit Masken «nicht wirksam» schützen.¹² Schon im April folgte die Kehrtwende des BAG: Masken-Empfehlungen, später das Masken-Obligatorium beispielsweise in Restaurants oder im öffentlichen Verkehr.

-**Grenzschutz.** Statt im Frühjahr 2020 angesichts der hohen Infektionszahlen in Italien und Frankreich unverzüglich die Grenzen für den freien Personenverkehr zu schliessen, kuschte der Bundesrat vor der EU und gab den Gesundheitsschutz der eigenen Bevölkerung preis.

-**Teststrategie.** Versagen bei der Umsetzung der Teststrategie¹³.

-**Contact-Tracing.** Gross angekündigt, hat die Swiss-Covid-App nie richtig funktioniert¹⁴. Bezeichnend ist die Frage des Schweizer Fernsehens im Dezember 2021: «Lebt die App noch?»¹⁵.

-**Berechnung des R-Wertes.** Wer spricht noch vom R-Wert? Ende 2020 war dieser ominös berechnete und immer wieder korrigierte R-Wert allerdings das Mass aller Dinge. Drastische Einschnitte des Bundesrates wurden aufgrund von falschen R-Werten erlassen.¹⁶

-**Impfdosen-Beschaffung.** Schlamassel bei der Beschaffung von Impfstoffen¹⁷.

⁹ <https://www.aargauerzeitung.ch/news-service/inland-schweiz/petition-svp-reicht-rund-250000-unterschriften-fuer-sofortiges-lockdown-ende-ein-ld.2102422>

¹⁰ <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/der-druck-der-svp-wirkt/>

¹¹ <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/das-versagen-in-der-pandemie/>

¹² <https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/weshalb-der-bund-sagte-masken-wurden-nichts-bringen-ld.1243294>

¹³ <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20217033>

¹⁴ <https://www.srf.ch/news/schweiz/steigende-coronazahlen-die-kruex-mit-dem-contact-tracing>

¹⁵ <https://www.srf.ch/news/schweiz/contact-tracing-lebt-die-swisscovid-app-noch>

¹⁶ <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/coronavirus-svp-fordert-rucktritt-von-alain-beret-65866324>

¹⁷ «Länder wie Marokko und Serbien und Chile impfen schneller als die Schweiz. Die Impfstrategie von Gesundheitsvorsteher Berset und seines BAG ist gescheitert. Lieferverzögerungen wurden nicht einberechnet,

-Auch zweite Welle ohne Einreise-Kontrollen. Auch bei der zweiten Welle (November 2020) versäumte es der Bundesrat, Schnelltests an der Grenze anzuordnen und Quarantäneregeln durchzusetzen. Lieber sperrte man die eigene Bevölkerung ein und schloss ganze Wirtschaftszweige mit Milliardenkosten.

-Nationale Impfwoche ohne Strategie. Eine 100 Millionen teure «nationale Impfwoche» im November 2021 mit Konzerten, bei denen sich gewisse Musiker eine goldene Kehle verdienten, war ein weiteres Fiasko. Kosten pro Impfung: über 4000 Franken. Und Senioren, die eine dritte Impfung (Booster-Impfung) wollten, wurden abgewiesen.

-Booster-Impfungen. Wiederum aufgrund einer fehlenden Impfstrategie verpasste es das BAG, gezielt die Risikogruppen für eine sogenannte Booster-Impfung anzusprechen und die entsprechenden Kapazitäten aufzubauen.

Das **tragischste Kapitel der Fehlleistungen** ist allerdings die Tatenlosigkeit des BAG im Zusammenhang mit den Alters- und Pflegeheimen. Mehr als neun Monate nach Pandemie-Beginn hatten Bersets Gesundheitsbeamte noch immer **kein nationales, verbindliches und funktionierendes Schutzkonzept für die Schwächsten** erlassen. Obwohl fast die Hälfte der Corona-Opfer in Alters- und Pflegeheimen verstarb. Aber den Verkauf von Unterhosen und Socken regulierte das BAG national. Es war die SVP, die im Januar 2021 verbindliche Schutzkonzepte für Alters- und Pflegeheime forderte¹⁸. Dazu gehörten auch Schnelltests für das in diesen Einrichtungen tätige Personal.

4. Angst-Kampagne des Bundesrates

Seit Beginn der Pandemie haben sich zwei Dinge klar gezeigt: Der **Bundesrat operiert mit unzuverlässigen** Zahlen beziehungsweise kaschiert sein fehlendes Wissen. Und dass das **Corona-Virus** und seine bis heute bekannten Varianten **vor allem für ältere Personen und Personen mit schwereren Vorerkrankungen** lebensbedrohlich sein kann. So verstarben seit Beginn der Pandemie in der Schweiz gesamthaft knapp 12'000 Menschen mit Corona, jedoch vor allem Personen im Alter von über 80 Jahren. Der Anteil von unter 80-Jährigen an den Todesfällen macht rund 30 Prozent aus, berücksichtigt man nur die unter 60-Jährigen, so sinkt dieser Anteil sogar auf rund 3 Prozent¹⁹. Dies zeigt, dass es vor allem die Risikogruppen und die älteren Menschen in unserem Land zu schützen gilt und flächendeckende Einschränkungen für die gesamte Bevölkerung kaum zu rechtfertigen sind.

mit Astra Zeneca wurde ein Impfstoff bestellt, der in der Schweiz nicht zugelassen ist und den zugelassenen Johnson&Johnson-Impfstoff hat das BAG gar nicht bestellt. Das Angebot von Lonza, sich an der Produktion des Moderna-Impfstoffes im Wallis zu beteiligen, wurde schnöde ignoriert. Ebenso das Angebot des russischen Impfstoffes Sputnik V. Das Resultat: Die Impfung verzögert sich – zum massiven Schaden der Menschen, der Betriebe und der öffentlichen Finanzen: das aktuelle Corona-Regime kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 750 Millionen Franken – pro Woche.» Medienmitteilung der SVP vom 31.03.2021

¹⁸ <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/bundesrat-verliert-bezug-zur-realitaet-und-den-rueckhalt-im-volk/>

¹⁹ Bundesamt für Gesundheit (<https://www.covid19.admin.ch/de/>). Siehe dazu den «Situationsbericht zur epidemiologischen Lage in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein - Woche 50 (13.12. – 19.12.2021)», Seite 17.

Verfolgt man die **Angst-Kampagne des Bundesrates** sowie die täglich aktualisierten «Todes-Ticker» der Medien, könnte man das Gefühl haben, dass die Menschen in der Schweiz massenhaft an Corona sterben und die Sterblichkeit weit über dem üblichen Niveau liegt.

Das ist nicht der Fall. Für die Jahre 2020 und 2021 ergibt sich folgendes Bild: zu Beginn der Pandemie 2020 und im Winter 2020/2021 ist es tatsächlich zu einer Übersterblichkeit gekommen. Es starben deutlich mehr Menschen, als dies aufgrund der Sterblichkeit der letzten Jahre zu erwarten gewesen wäre.²⁰

Allerdings zeigt sich auch, dass diese Übersterblichkeit fast ausschliesslich die Altersgruppe der über 65-Jährigen betraf und bei den unter 64-Jährigen lediglich einmal im Winter 2020/2021 eine leichte Übersterblichkeit auftrat (es verstarben 51 Personen mehr, als zu erwarten gewesen wäre).²¹

Dass das Auftreten einer **Übersterblichkeit keine Seltenheit** ist, wird deutlich, wenn man die Sterblichkeitsstatiken der vergangenen Jahre anschaut. **In fast jedem Jahr** kam es in den verschiedenen Altersgruppen aus verschiedenen Gründen, **etwa wegen Grippewellen, Hitzewellen** etc. zu einer Übersterblichkeit. Besonders deutlich zeigt sich dies im Jahr 2015. Dort kam es zu Beginn des Jahres ebenfalls zu einer deutlichen Übersterblichkeit.²²

Am stärksten vom Virus betroffen ist nach wie vor die ältere Bevölkerung: 45 % der Todesfälle sind in Altersheimen aufgetreten, das Medianalter der Verstorbenen liegt bei 85 Jahren. 98% aller Covid-Verstorbenen hatten mindestens eine Vorerkrankung.²³

5. Fehlende Strategie führt zu unehrlicher Kommunikation

In der ersten Phase der Pandemie trug die SVP die Politik des Bundesrates mit – ohne den Sinn oder Nutzen der Massnahmen zu kritisieren. Nach wenigen Wochen wurde jedoch klar, dass das Corona-Virus vor allem für die ältere bis sehr alte Bevölkerungsgruppe gefährlich ist. Dazu für jene Personen mit schweren Vorerkrankungen. Das Median-Alter der Covid-Verstorbenen liegt **bei 85 Jahren**. Spätestens dann hätten das zuständige Bundesamt für Gesundheit und der Bundesrat (insbesondere Alain Berset) eine Strategie entwickeln müssen, die auf diese Risikogruppen ausgerichtet ist. Dazu gehörte auch **eine Kommunikation, die die Fakten beim Namen nennt und die Bevölkerung ehrlich informiert** – auch über (verständliche) Fehler oder Nichtwissen.

Die fehlende Strategie des BAG führte unweigerlich zu willkürlichen Massnahmen, ständig wechselnden Entscheidungsgrundlagen, zu einer insgesamt undifferenzierten Corona-Politik, die eine **unnötige und gefährliche Spaltung der Gesellschaft zur Folge** hatte. Entsprechend wacklig und unehrlich gestaltete sich die Kommunikation.

²⁰ [Sterblichkeit, Todesursachen | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#)

²¹ [Wöchentliche Todesfälle, 2020-2021 - 30.12.2019-26.12.2021 | Tabelle | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#)

²² [Wöchentliche Todesfälle 2015 - 29.12.2014-3.1.2016 | Diagramm | Bundesamt für Statistik \(admin.ch\)](#)

²³ [Siehe dazu den «Situationsbericht zur epidemiologischen Lage in der Schweiz und im Fürstentum](#)

Liechtenstein - Woche 50 (13.12. – 19.12.2021)», Seite 16.

Den Anfang machte das Vertuschen der fehlenden Vorräte von Schutzmaterialien durch den Bund. Statt die Bevölkerung aufzuklären, wurde sogar behauptet, Hygienemasken würden nichts nützen. Weitere Kommunikations-Fehlleistungen:

- Eine vielstimmige **Task-Force**, die zunehmend als Panik-Orchester auftrat
- Ein **Massnahmen-Wirrwarr**, der die Bevölkerung immer ratloser hinterlässt: von 3G zu 2G zu 2G+; wechselnde Anzahl Personen, die sich zu Hause, draussen, in öffentlichen Räumen, in Restaurants usw. treffen dürfen.
- Ständig **wechselnde Grundlagen für Verschärfungen**: Spitalkapazität, Inzidenzfälle, R-Wert, Infektions-Szenarien, Impfquote, Hospitalisierungen usw.
- Massnahmen-Willkür**. Beispiel Lockdown: Buchhandlungen zu, Coiffeur offen. Verkauf von Kerzen ja, Glühbirnen nein. Socken ja, Hosen nein.²⁴
- Schul-Schliessungen**. Der Bundesrat verfügte am 13. März 2020, entgegen jeglichem Subsidiaritätsprinzip, ein befristetes Verbot des Präsenzunterrichts an Schulen.²⁵ Auf die verschiedenen epidemiologischen Lagen in den Kantonen wurde nicht eingegangen, die Kantone wurden vom Bund übergangen. Die Eltern von den mehr als 700'000 Primarschülerinnen und Primarschülern wurden vielerorts sich selbst überlassen. Sie mussten sich von einem Tag auf den anderen neu organisieren und die zusätzliche Funktion als Lehrer oder Lehrerin für ihre Kinder wahrnehmen. Die Schulen konnten ihre Funktionen als Lernvermittlungsinstitute und Sozialisierungszentren nicht mehr wahrnehmen, in der Folge wurden viele, vor allem schwächere Kinder abgehängt.
- Zertifikatspflicht** für Restaurants trotz Schutzkonzepten, kein Zertifikat im ÖV. Zertifikat für Zoobesuch, kein Zertifikat im Bordell.
- Tabus**: der hohe Anteil von Migranten und Übergewichtigen in Intensivstationen wird verschwiegen.
- Man droht mit «Triage» in den Spitälern bei gleichzeitigem **Abbau der Intensivbetten** von 1100 (November 2021) auf aktuell 850.
- Wirksamkeit von Impfungen**: Dass neue Varianten den Impfschutz durchbrechen, wird nicht klar kommuniziert, um den impf-unwilligen Teil der Bevölkerung in ihrer Skepsis nicht zu bestärken.
- Dass das Covid-Zertifikat eine **Scheinsicherheit** vorgaukelt, weil auch Geimpfte als Überträger von Viren unterwegs sind und das Infektionsgeschehen vorantreiben, ist kein Thema. Gleichzeitig werden Tests nicht mehr anerkannt (2G), obwohl sie verlässlicher Auskunft geben, ob jemand Corona-positiv ist oder nicht.
- Dass zuerst **Booster-Impfungen für Risikogruppen** vorangetrieben werden sollten, statt Kinder-Impfungen zu fordern.

Zum Schluss noch zwei besonders drastische Beispiele unehrlicher Kommunikation. Im April 2021 versprach Bundesrat Alain Berset: «**Sind alle impfwilligen erwachsenen Personen vollständig geimpft, beginnt die Normalisierungsphase.**» Dann seien auch keine starken Einschränkungen mehr zu rechtfertigen. «An dieser Strategie soll auch dann festgehalten werden, wenn die Impfbereitschaft der Bevölkerung entgegen den Erwartungen tief bleibt.»²⁶ Und was

²⁴ <https://www.20min.ch/story/laeden-toben-wegen-willkuer-liste-des-bag-571716241393>

²⁵ [Bundesrat verschärft Massnahmen gegen das Coronavirus zum Schutz der Gesundheit und unterstützt betroffene Branchen \(admin.ch\)](https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-83199.html)

²⁶ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-83199.html>

tat der Bundesrat? Das Gegenteil: Er verschärfte die Massnahmen und **führte die Zertifikatspflicht im Inland** ein.

Die schwerwiegendste Täuschung findet allerdings in der **statistischen Erfassung der Todesursachen** durch das BAG statt. Ein schwer an Krebs erkrankter Mensch, der positiv auf Covid-19 getestet wurde, wird im Todesfall als Corona-Verstorbener gezählt. Die Sprachregelung lautet dann «im Zusammenhang mit Covid-19». Damit **verstösst das BAG gegen die WHO-Vorgaben**, nach denen sich auch das Bundesamt für Statistik richtet: Dass nämlich als Todesursache die Ersterkrankung erfasst wird. Eine erste provisorische Auswertung der Todesursachenstatistik für die Monate Januar bis März 2020 zeigt, dass bei über 90 Prozent der «im Zusammenhang mit Covid-19» Verstorbenen «mindestens eine Begleiterkrankung» vorlag.²⁷ Bis heute wird nicht klar kommuniziert, wer «mit» bzw. wer «an» Corona verstorben ist. **Das Schüren von Ängsten ist genauso abzulehnen wie die generelle Verharmlosung des Virus.**

6. Impf-Schutz Ja – Impf-Zwang Nein

Die Haltung der SVP gegenüber Impfungen ist klar: Die Impfung leistet einen **wesentlichen Beitrag zum Selbstschutz** – insbesondere für die schon mehrmals beschriebenen Risikogruppen.

An dieser Stelle ist zu erinnern, dass das BAG die Beschaffung von Impfdosen verschlafen hatte – obwohl seit Pandemiebeginn klar war, dass Testen und Impfen den Menschen in der Schweiz wieder ein freies Leben und Arbeiten ermöglichen würden. Das Beschaffungsdebakel stand am Ursprung des 2. Lockdowns im Dezember 2020: Ein teures Ablenken vom eigenen Versagen, das **pro Woche 750 Millionen Steuerfranken** kostete!²⁸

Die SVP kritisierte in aller Schärfe das **Impfdosen-Beschaffungsdebakel** des Bundes: «Länder wie Marokko und Serbien und Chile impfen schneller als die Schweiz. Die Impfstrategie von Gesundheitsvorsteher Berset und seines BAG ist gescheitert. Lieferverzögerungen wurden nicht einberechnet, mit Astra Zeneca wurde ein Impfstoff bestellt, der in der Schweiz nicht zugelassen ist und den zugelassenen Johnson&Johnson-Impfstoff hat das BAG gar nicht bestellt. Das Angebot von Lonza, sich an der Produktion des Moderna-Impfstoffes im Wallis zu beteiligen, wurde schnöde ignoriert. Ebenso das Angebot des russischen Impfstoffes Sputnik V. Das Resultat: Die Impfung verzögert sich – zum massiven Schaden der Menschen, der Betriebe und der öffentlichen Finanzen: das aktuelle Corona-Regime kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 750 Millionen Franken – pro Woche.»²⁹

Am 14. April 2021 forderte die SVP eine sofortige Beendigung aller Lockdowns und eine **«beschleunigte Impfkampagne»** zusammen mit einer konsequenten Umsetzung des Testregimes. Statement des Parteipräsidenten **Marco Chiesa**: «Dass

²⁷ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/neue-veroeffentlichungen.assetdetail.19444465.html>

²⁸ <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/berset-will-mit-dem-zweiten-lockdown-vom-eigenen-versagen-ablenken/>

²⁹ <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/das-versagen-in-der-pandemie/>

über Ostern die staatlichen Impfzentren geschlossen waren, ist eine Schlampigkeit, die wir uns nicht leisten können [...] **Forza mit dem Impfen! Basta mit dem Lockdown!**»³⁰

Die **medialen Unterstellungen**, die SVP sei gegen das Impfen, sind offensichtlich erfunden und erlogen. Richtig ist: Die SVP ist gegen einen allgemeinen Impf-Zwang sowie gegen die Diskriminierung und Stigmatisierung ungeimpfter Menschen. Insbesondere lehnen wir das sinnlose Durchimpfen von Kindern ab.

7. «Diktatorische» Verhältnisse in der Schweiz?

Exponenten der SVP haben die Corona-Schweiz als «Diktatur», Bundesrat Berset als «Diktator» bezeichnet. Die Empörungswelle war gross, man forderte gar den Rauschmiss unserer Partei aus der Regierung. Der Tenor: die SVP radikalisiere mit derlei Aussagen den ohnehin schon wütenden Teil der Bevölkerung. Was Unsinn ist. Seit der Pandemie liegt die politische Macht in den Händen des Bundesrates. Man mag es nennen, wie man will: Das **Corona-Regime der Behörden** ist jedenfalls nicht demokratisch.

Die Demokratie versagt, wenn Lockdowns nicht mehr Ultima Ratio sind, sondern potenzieller Dauerzustand. Die **Schweiz** hat sich immer als **Land der Eigenverantwortung** verstanden, die **Bürgerinnen und Bürger können verantwortungsvoll und vernünftig entscheiden**. Gleichzeitig weiss jeder mündige Bürger, dass man seinen Teil dazu beitragen muss, um Risiken zu vermindern. Eine Null-Risiko-Gesellschaft gibt es hingegen nicht und wäre realitätsfremd und nicht lebenswert.

Die Bürger der Schweiz müssen und dürfen sich deshalb nicht an eine Notstandspolitik oder an den Ausnahmezustand gewöhnen. Sonst verlassen wir den Bereich der Demokratie und bewegen uns in Richtung totalitärer Herrschaftsformen. Das auf minuziöse Machtbeschneidung und direkte Beteiligung der Stimmbürger ausgerichtete Polit-System der Schweiz wurde weitgehend ausser Kraft ausgesetzt. Dem hat sich die SVP als einzige Partei entgegengestellt.

Die anderen Parteien haben sich fast bedingungslos hinter die Politik des Bundesrates gestellt. **Marc Walder**, Chef des grössten Medienhauses, verordnete den Ringier-Blättern (dazu gehören Blick und Sonntagsblick) **Regierungstreue**: «Wir wollen die Regierung unterstützen durch unsere mediale Berichterstattung.»³¹ Und weiter: «Wir müssen versuchen, dass die Politik, ob sie jetzt genug schnell, genug hart, zu wenig hart usw. agiert, das Volk nicht verliert. Und hier dürfen die Medien nicht einen Keil treiben zwischen der Gesellschaft und der Regierung.» Die Behörden verdankten den Ringier-Medien ihren **Kadaver-Journalismus** mit exklusiven Vorabinformationen und bezahlten Corona-Kampagnen: Für seine Impfkampagne überwies der Bund den

³⁰ <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/der-druck-der-svp-wirkt/>

³¹ <https://www.persoendlich.com/medien/video-zeigt-ringiers-corona-medienstrategie>

Schweizer Medienhäusern über 20 Millionen Franken, wie Bundesrat Berset in der Fragestunde gegenüber SVP-Nationalrat Roland Rino Büchel offenlegen musste.³²

Nun sollen die Medien noch mit einem als «Medienförderung» getarnten Milliarden-Paket³³ bedacht werden. Das sind ungute Entwicklungen. **Demokratien brauchen Kritik, Opposition, unabhängige Medien.** Die systematische Verunglimpfung Andersdenkender, wie sie aktuell betrieben wird, gehört ins Repertoire autoritärer Regimes.

8. Corona-Milliarden: Hände weg von der Schuldenbremse!

Auf **40 Milliarden Franken** belaufen sich mittlerweile die Corona-Ausgaben des Bundes. Während der beiden Lockdowns verschuldete sich der Bund täglich um zusätzlich 150 Millionen Franken³⁴ – das entspricht im Monat einer Verschuldung von 510 Franken pro Kopf der Schweizer Bevölkerung. Für eine **vierköpfige Familie bedeutet dies monatliche Neuschulden in der Höhe von 2040 Franken.** Wer muss für diese Schulden aufkommen? Wie immer wird der Mittelstand mit zusätzlichen Steuern zur Kasse gebeten – und die kommenden Generationen.

Dass die Schweiz die Corona-Krise finanziell stemmen konnte, hat mit einem einzigartigen Erfolgsmodell zu tun: der Schuldenbremse. Einfach gesagt: Der Staat kann nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Die **Schuldenbremse ist vor allem eine Politiker-Bremse beim Ausgeben von Steuergeldern.** Das Volk hat die Vorlage 2001 mit einem rekordhohen Ja-Anteil von 84,7 Prozent an der Urne angenommen. Bekämpft wurde die Schuldenbremse von den linken Parteien. Typisch: Sie wollen das Geld der anderen lieber mit beiden Händen ausgeben. Und sie versuchen bis heute, dieses unbequeme Erfolgsmodell auszuhebeln.

Dank der Schuldenbremse konnten die Bruttoschulden des Bundes von über 130 Milliarden auf knapp 97 Milliarden Franken (2019) gesenkt werden. Und: Dank der Schuldenbremse kann sich die Schweiz ihre Corona-Politik überhaupt leisten! Es kann aber nicht sein, dass nun ausgerechnet zum Abbau der Corona-Schulden die Schuldenbremse aufgeweicht wird, wie es die links-grünen Parteien wollen. **Die SVP unterstützt deshalb den Schuldenabbau-Plan von Finanzminister Ueli Maurer**³⁵, der keine Steuererhöhungen vorsieht und die Schuldenbremse einhält.³⁶

9. Fazit und: Wie weiter?

Die insbesondere von linksgrünen Politikern beförderte harte Lockdown-Politik hat jene **schwächeren Teile der Gesellschaft am meisten getroffen**, als deren Anwälte

³² [21.8243 | Werbung für die Impfkampagne: Wer bekommt wie viel Geld? | Amtliches Bulletin | Das Schweizer Parlament](#)

³³ <https://medien-massnahmenpaket-nein.ch/> Die Abstimmung zum «Medienförderungsgesetz» findet am 13. Februar 2022 statt.

³⁴ [Maurer über Finanzhilfen: «Wir machen jeden Tag 150 Millionen Franken Schulden» - 20 Minuten](#)

³⁵ <https://www.svp.ch/partei/positionen/vernehmlassungen/aenderung-des-finanzhaushaltsgesetzes/>

³⁶ <https://www.svp.ch/news/artikel/medienmitteilungen/haende-weg-von-der-schuldenbremse/>

diese Parteien sich eigentlich verstehen: die arbeitende Bevölkerung an der Front, die sich nicht einfach ins Home-Office verziehen kann; die Menschen, die in beengten und schwierigen Verhältnissen leben; die fremdsprachigen Haushalte, die Alleinerziehenden, weniger Gebildeten, für die das Home-Schooling wie eine Heimsuchung war; nicht zu reden von all den zerstörten Existenzen, den Angestellten und Unternehmerinnen, die lieber arbeiten wollen, als noch so üppige staatliche Almosen zu beziehen. **Wenn es noch eines letzten Beweises bedurft hätte, wie abgehoben die Luxus-Linken politisieren und wie egal ihnen letztlich das Schicksal «ihres» Prekariats ist, die Corona-Krise schaffte Klarheit.**

Wie weiter? Offenbar ist die **Anzahl der Intensivbetten** zur entscheidenden Richtgrösse in der Bewältigung der Corona-Pandemie geworden. Dabei stellt sich die Grundsatzfrage: **Soll sich die Bevölkerung an den Spitälern ausrichten oder die Spitäler an den Bedürfnissen der Bevölkerung?** Wir sind der Meinung, dass ein 85 Milliarden Franken teures Gesundheitswesen in der Lage sein sollte, mit einer Krisensituation wie aktuell fertig zu werden. Dazu braucht es eine Flexibilisierung bei den IPS-Plätzen mit dem entsprechend qualifizierten Personal. Auch über Finanzierungsvarianten soll diskutiert werden. Arbeitgeber müssen vermehrt mittels flexiblerer Arbeitszeitmodelle und finanzieller Anreize für das Personal auf die Bedürfnisse der Gesellschaft eingehen.

Grundsätzlich ist zu sagen: **Für die SVP hat ihre gesellschafts- und wirtschaftspolitische Strategie weiterhin Gültigkeit:** Es braucht den gezielten Schutz der Risikogruppen. Daran haben sich auch die Massnahmen und die Kommunikation des BAG auszurichten. Der Rest der Bevölkerung soll möglichst frei leben und arbeiten können. Wenn nötig, sind die bewährten Schutzmassnahmen einzuhalten. Die Impfung ist ein Teil des Selbstschutzes – sie muss allerdings freiwillig bleiben. Der Staat darf keine medizinischen Eingriffe verordnen. Eine unabhängige Aufarbeitung der Krise muss zusätzlich sichergestellt werden. Die Lehren insbesondere in Bezug auf die Versorgungssicherheit und Verhältnismässigkeit der angeordneten Massnahmen müssen gezogen werden.

Wir setzen uns weiterhin und uneingeschränkt für die Grundrechte der Menschen in der Schweiz ein. Das heisst: Das Vollmachten-Regime der Behörden muss beendet werden. Rückkehr zu Freiheit und Eigenverantwortung, Wiederherstellung der föderalistischen und demokratischen Normalität.

Für eine sichere Schweiz in Freiheit!